

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

26.11.2018

Ausschussbetreuender Fachbereich

Bildung, Kultur, Schule und Sport

Schriftführung

Petra Weymans

Telefon-Nr.

02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Dienstag, 25.09.2018

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:40 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 21.06.2018
- öffentlicher Teil -
0364/2018**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilung des Bürgermeisters
0365/2018**

- 6 Sachstand Schulsanierungen**
- 7 Erstellung des Integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplans für den Primarbereich**
0335/2018
- 8 Erstellung eines Medienentwicklungsplans für Schulen**
hier: Sachstandbericht
0363/2018
- 9 Neue Personalkonzeption der Musikschule**
0338/2018
- 10 Theaterbericht 2017 der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH**
0336/2018
- 11 Mitteilung über die Vergabe der Sportpauschale an Vereine**
0372/2018
- 12 Anträge der Fraktionen**
- 13 Anfragen der Ausschussmitglieder**
- 13.1 Anfrage der FDP-Fraktion zur Verzögerung des Schulentwicklungsplans (siehe hierzu Drucksachen-Nr. 0335/2018)**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Neu eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung.

Herr Neu begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Neu tritt in die Tagesordnung ein.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 21.06.2018 - öffentlicher Teil - 0364/2018

Auf die Bitte von Herrn Komenda zum Sachstand Schulsanierungen auch künftig einen Sachstand zum Neubau Mohnweg zu erhalten, erklärt Herr Rockenberg, bis auf den Abriss sei die Bädergesellschaft zuständig. Wenn es einen neuen Sachstand gebe, könne er unter dem TOP Mitteilung Bürgermeister dazu gerne informieren.

Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Neu teilt mit, es habe einen Förderaufruf 2018 zum Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ gegeben. Die Teilnahme am Bundesprogramm für die „Sanierung des Freibades und des Außengeländes im Kombibad Paffrath“ stehe nun im Haupt- und Finanzausschuss als Dringlichkeitsentscheidung auf der Tagesordnung. Es möchte gerne wissen, ob eventuell Aussicht auf Erfolg bestehe.

Herr Rockenberg erklärt, die Beantragungsfrist sei sehr kurz gewesen. Vor zwei Jahren habe es bereits einen ähnlichen Projektauftrag gegeben. Damals habe die Verwaltung einen Antrag für den Neubau/Sanierung des Bades Mohnweg eingereicht, sei aber nicht berücksichtigt worden. Wie die Fördersystematik sei, könne er nicht vorhersehen und bzgl. des Antrages Mohnweg habe er diese auch nicht nachvollziehen können.

5. Mitteilung des Bürgermeisters
0365/2018

Zusätzlich zur schriftlichen Vorlage teilt Herr Rockenberg folgendes mit:

Die Vorlage zum Abschluss eines Nutzungsüberlassungsvertrages mit dem Sportverein Blau-Weiß Hand e. V. werde in der Sitzung des ABKSS im Dezember auf der Tagesordnung stehen. Laut Verein habe sich die Angelegenheit verzögert.

Er weist auf den Flyer zum Apfelpresstag im Bergischen Museum hin; eine erste Aktion der neuen Museumsleiterin Frau Brauer. Frau Brauer werde sich in der nächsten Sitzung vorstellen und einen kurzen Überblick über ihre ersten Monate im Museum geben.

Im Kunstmuseum Villa Zanders finde derzeit die Ausstellung „Inside Out – Jonathan Callan und Andreas My“ statt. Im WDR gebe es eine Bildstrecke zur Ausstellung mit einem Blick hinter die Kulissen. Diese Bildstrecke kann unter <https://www1.wdr.de/kultur/kunst/inside-out-villa-zanders-bergisch-gladbach-104.html> heruntergeladen werden.

Zum Breitbandausbau an den Schulen gibt eine weitere Modifizierung des Bundesprogramms, was zu einer erneuten Verzögerung führen werde. Nachdem zuerst nur die Schulen und Gewerbegebiete mit Glasfaser angebunden werden sollten, sollen nun auch alle unterversorgten Privathaushalte Glasfaseranschlüsse erhalten. Dies führe zu einer Neubewertung der Anträge, so dass sich das ganze Verfahren weiter nach hinten verschiebe.

Herr Winterscheidt hat eine Nachfrage zum Thema Kulturstrolche. Er möchte gerne wissen, welche Mittel hierfür eingesetzt würden und was man tun könne, damit die interessierten Schulen auch teilnehmen könnten.

Frau Weymans erklärt, das Projekt Kulturstrolche werde über städtische Mittel und Spenden finanziert. Die zur Verfügung stehenden Mittel seien derzeit ausgeschöpft. Weitere Schulen könnten nur teilnehmen, wenn zusätzliche Mittel (Spenden) eingeworben würden.

Herr Kraus bedankt sich namens der CDU-Fraktion bei der Verwaltung für die Durchführung des Stadt- und Kulturfestes. Die Sportverwaltung, das Kulturbüro und die Auszubildenden der Stadt hätten sich über das normale Maß hinaus für ein gelungenes Fest eingesetzt.

Dem schließt sich der Ausschuss an.

6. Sachstand Schulsanierungen

Herr Rockenberg gibt einen Überblick über die Baumaßnahmen an den Bergisch Gladbacher Schulen und Sportanlagen:

Schule	Maßnahme	Kosten / Finanzierung	Zeitraumen
Otto-Hahn-Schulen	Gesamtsanierung	Erhöhung der Kosten auf derzeit 32 Mio. Euro	Fertigstellung Juli 2019
Nicolaus-Cusanus-Gymnasium	Sanierung und Teilneubau Nordtrakt	ca. 25 Mio. Euro	Beginn Sommer 2019, Fertigstellung voraussichtlich Ende 2021
EGS Bensberg	Sanierung Aula, Mensa, Brandschutzmaßnahmen	ca. 800.000 Euro	Mitte Nov. 2018
GGs An der Strunde	• Umbau für Schaffung weiterer OGS-Plätze;	ca. 350.000 €	Mitte Nov. 2018

	weitere Sanierungsmaßnahmen (WC und Brandschutz) stehen noch an		in 2019/2020
GGG Gronau	- Container für die Ausweitung der OGS-Plätze, die westlich der Turnhalle aufgestellt werden - Optimierung der Mensa, aber ein konkretes Raumprogramm liegt noch nicht vor - Ausbau von Schulraum auf Grund fehlender Kapazitäten zeitnah nötig	ca. 350.000 € bisher noch keine Finanzierung	Okt. 2018 – Jan. 2019 bisher keine Zeitplanung
GGG Bensberg	Neubau von Anderthalb- auf Zweizügig, gebundene Ganztagschule	über Gute-Schule-Programm	Architekt mit der Entwurfsplanung beauftragt, Entwurf liegt noch nicht vor.
Turnhalle Sand	Sanierung	ca. 1,8 Mio Euro, sofern die letztmalige Nachfinanzierung im HFA beschlossen werde	Nov. 2018
Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium	Bau der Doppeltturnhalle	ca. 3,5 Mio Euro	Erdarbeiten beginnen am 26.09.2018, Fertigstellung Okt. 2019
Sporthalle Feldstraße	Sanierung	ca. 3,7 Mio. Euro	Genehmigungsplanung wird erarbeitet Bauzeit Sommer 2019 bis Sommer 2020
Albertus-Magnus-Gymnasium	Sanierung Sporthalle	ca. 2,5 Mio Euro	Bauzeit Sommer 2019 bis Sommer 2020; Fassadensicherung wird vorgezogen ab Ende 2018
Schulzentrum Klee-feld	Erweiterung entweder über Containerbauten oder Modularbauten auf Grund Raumnot	bisher noch keine Finanzierung	Bauvoranfrage ist gestellt
Gewerbliche Berufsschule	- Sanierung der Toiletten im Hauptgebäude - ELA-Anlage und Sicherheitsbeleuchtung - Brandschutzsanierung 1. Bauabschnitt	ca. 220.000 Euro ca. 380.000 Euro ca. 800.000 Euro	Fertigstellung Ende 2018 bis Frühjahr 2019 bis Ende 2019
Nelson-Mandela-Gesamtschule	- Sanierung Sportplatz 2. Bauabschnitt - Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume für die anstehende Oberstufe - Sonstige Anforderungen	ca. 170.000 Euro ca. 900.000 Euro noch nicht geklärt	bis Juli 2019 in der Bedarfsabstimmung in der Bedarfsabstimmung

Insgesamt kosteten die 13 aufgelisteten Projekte fast 80 Mio. Euro, davon ca. 57 Mio. Euro für die beiden Großprojekte – neuer Schulraum entstehe dadurch kaum. Die Finanzierung der Baumaßnahmen sei noch Thema beim Schulentwicklungsplan.

Frau Lehnert teilt mit, sie habe gehört, der Bund stelle zur Schaffung von OGS-Plätzen für 2018 noch einmal zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Sie möchte gerne wissen, ob die Verwaltung hiervon schon Kenntnis habe.

Herr Rockenberg erklärt, die Verwaltung habe hiervon noch keine Kenntnis, werde dem aber nachgehen.

Herr Komenda weist auf die Koordinierung der Baumaßnahmen Otto-Hahn-Schulen, Nicolaus-Cusanus-Gymnasium (NCG) und GGS Bensberg hin. Er bittet darum, darauf zu achten, dass die Umzüge der Container zeitlich gut aufeinander abgestimmt würden.

Herr Weirich antwortet, die Koordination laufe schon; die Containergestellung und die Umzugspläne für das NCG seien fertig. Auch sei bekannt, welche Container stehen blieben.

Herr Neu bittet bei der Vielzahl an Maßnahmen für die Zukunft um einen kurzen schriftlichen Sachstand im Vorfeld.

Herr Komenda fügt hinzu, dass man sich vielleicht an der Liste „Nachverfolgung beschlossener Maßnahmen“ im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr (AUKIV) orientieren könne.

Frau Scheerer fragt anlässlich der Nachforderung bei der Sanierung der Otto-Hahn-Schulen, ob nicht eine Teuerungsrate von vorneherein mitberechnet werden sollte.

Herr Rockenberg erklärt, die Teuerungsraten seien im Moment enorm. Eine Kalkulation auf den Punkt genau sei nicht möglich. Bei manchen Baumaßnahmen gebe es auch erst genauere Erkenntnisse, was alles marode sei, wenn man „den Bau aufgemacht“ habe, wie zum Beispiel bei der Turnhalle Sand

Frau Bischoff möchte noch wissen, wie hoch der Betrag sei, der aus dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“ für die Baumaßnahmen zur Verfügung stünde.

Herr Rockenberg teilt mit, er werde die genaue Fördersumme mit dem Protokoll mitteilen.

[Mitteilung der Verwaltung:

Gemäß Beschluss des Rates am 21.03.2017 werden die zins- und tilgungsfreien Kredite aus dem Schuldendiensthilfegesetz NRW „Gute Schule 2020“ i.H.v. 9.825.943 Euro für folgende Maßnahmen verwendet:

- Neubau der GGS Bensberg*
- Errichtung einer Doppeltturnhalle auf dem Gelände des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums*
- Sanierung der Sporthalle Feldstraße an den Kaufmännischen Schulen*

Weiterhin hat der Rat am 11.07.2017 beschlossen, das durch Übertragung durch den Rheinisch-Bergischen Kreis erhöhte Kreditkontingent aus dem Schuldendiensthilfegesetz NRW „Gute Schule 2020“ i.H.v. 1.970.166 Euro für die bereits beschlossene Maßnahme der Sanierung Sporthalle Feldstraße und für weitere Sanierungsmaßnahmen an den Gewerblichen Berufsschulen zu verwenden.]

7. **Erstellung des Integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplans für den Primarbereich**
0335/2018

Herr Neu schlägt vor, den TOP Ö13 - die Anfrage der FDP-Fraktion zur Verzögerung des Schulentwicklungsplans - zusammen mit TOP Ö7 zu behandeln.

Der Ausschuss zeigt sich damit einverstanden.

Herr Rockenberg erläutert, der Integrierte Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplan (ISEP) solle die Entwicklung und Bedarfe der unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Angebote an den Offenen Ganztagsgrundschulen gemeinsam in den Blick nehmen und zusammenführen. Dazu habe das Projektteam, bestehend aus Fachbereich 4 (Bildung, Kultur, Schule und Sport), Fachbereich 5 (Jugend und Soziales) und Fachbereich 8 (Immobilienbetrieb) zunächst eine Bestandsanalyse vorgenommen. Die Frage, welche Einwohnerdaten / Bevölkerungsprognose der Planung zugrunde gelegt werde, sei auch nicht so einfach zu beantworten. Nötig seien Prognosedaten für die einzelnen Stadtteile, wie man an der Entwicklung im Stadtteil Refrath / Frankenforst sehe. Ferner müssten die geplanten Verdichtungen durch neue Wohngebiete, wie z.B. im Wachendorffgelände und Steinbüchelgelände berücksichtigt werden. Auch wenn der derzeitige Schulentwicklungsplan für die Primarstufe bis 2021 durch den ABKSS am 02.03.2016 beschlossen worden sei, so zeige die Entwicklung, die Planung neu anzugehen und die Entwicklung im OGS-Bereich mit einzubeziehen. Die in der Vorlage aufgeführte Zeitplanung sei angesichts der derzeitigen Personalsituation in der Schulverwaltung recht ambitioniert. Durch das unerwartete Ableben des ehemaligen Leiters der Schulverwaltung Herr Pütz sei viel Wissen und Erfahrung verloren gegangen.

Frau Glamann-Krüger sieht die derzeitige Personalsituation ebenfalls problematisch für die Erstellung. Trotzdem wäre es gut gewesen, wenn man früher mit der Planung begonnen hätte. Ihre Anfrage halte sie für beantwortet.

Frau Lehnert findet die Vorgehensweise richtig. Der Verzug ist bedauerlich, da der Druck von Jahr zu Jahr größer werde. Geplant sei Klasse statt Masse; es gehe um gute Betreuung und Bildung. Sie möchte wissen, ob die Vorlage des Integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplans angesichts der dünnen Personaldecke im nächsten Jahr realistisch sei.

Herr Rockenberg antwortet, er hoffe, dass der Zeitplan eingehalten werde könne, wenn keine weiteren Ausfälle dazukämen. Neben all den Bedarfsermittlungen und Bestandsanalysen dürfe man aber nicht die Finanzplanung vergessen. Die Finanzierung falle nicht in den Aufgabenbereich der Schulentwicklungsplanung.

Herr Komenda möchte seinen Vorrednern widersprechen. Er sei froh über den Verzug. Wäre der Schulentwicklungsplan bereits vor Monaten erstellt gewesen, hätte er eine Halbwertszeit von einem halben Jahr gehabt. Der ISEP müsse auch finanziell unterfüttert sein. Er führe diese Diskussion derzeit im Kleinen beim Neubau der GGS Bensberg. Was könne man sich leisten in Bezug auf die Räumlichkeiten, was sei notwendig? Auch eine Diskussion über die Klassenstärken dürfe man nicht vergessen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8. **Erstellung eines Medienentwicklungsplans für Schulen**
hier: Sachstandbericht
0363/2018

Herr Rockenberg teilt ergänzend zur Vorlage mit, es seien bereits Erstgespräche mit den Schulen geführt worden. Nun beginne eine zweite Abstimmungsrunde mit den Schulen. Eine Standardisierung werde erarbeitet. Die Bedarfe würden schulscharf erfasst. Welche Geräte würden angeschafft, welche und wie viele digitalen Tafeln seien nötig usw. Nach der Breitbandversorgung bis

zum Gebäude, beginne dann die Verteilung im Schulgebäude. Allerdings stünden bisher keine Mittel im kommunalen Haushalt für 2019 und 2020 bereit. Der Bund verweise in seinen Schreiben immer wieder darauf, dass die Mittel aus dem Programm „Gute Schule 2020“ dafür verwendet werden könnten. Allerdings seien diese Mittel in Bergisch Gladbach vollumfänglich für Baumaßnahmen verplant.

Herr Lambertz möchte gerne wissen, ob Medienanschaffungen derzeit möglich seien oder ob die Erstellung des Medienentwicklungsplans abgewartet werden müsse. Vieles sei defekt oder nicht mehr zeitgemäß.

Herr Rockenberg erklärt, in der jetzigen Phase würden keine neuen Standards gesetzt. Im Rahmen der derzeitig zur Verfügung stehenden Mittel könnten Ersatzbeschaffungen getätigt werden. Bei der Frage nach der Neuausstattung eines Computerraums in einer Grundschule oder der Frage nach iPad-Klassen in Grundschulen solle jedoch der Medienentwicklungsplan abgewartet werden.

Die Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9. Neue Personalkonzeption der Musikschule **0338/2018**

Herr Neu weist darauf hin, dass es sich hier um eine Beschlussvorlage handle und er auch in dieser Sitzung eine Beschlussfassung anstrebe. In den letzten Jahren habe der Ausschuss häufig die Beschlussfassung dem Haupt- und Finanzausschuss und Rat überlassen. In dieser Angelegenheit möchte er jedoch, dass der ABKSS als Fachausschuss sein Votum abgebe.

Frau Lehnert findet, es sei eine sehr ausführliche Vorlage. Die CDU-Fraktion bleibe bei ihrem Antrag und werde dem Beschlussvorschlag folgen. Noch zu klären sei, zu welchem Zeitpunkt mit der Umsetzung begonnen werde. Im Beschlussvorschlag werde hierzu keine genaue Angabe gemacht. Auch sei noch nicht geklärt, wo die benötigten Mittel herkämen.

Herr Rockenberg erklärt, das „Himmelheberkonzept“ sei zu damaliger Zeit ein nötiges und gutes Konzept gewesen, habe sich aber überlebt. Das neue Konzept beinhalte verschiedene Varianten. Hinweisen möchte er auch auf die erheblichen haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen vor allem im freiwilligen Bereich, wie auf Seite 39 - vorletzter Absatz - erwähnt. Die Kämmerei habe mitgeteilt, die Kommunalaufsicht habe kein Problem mit dem Haushalt, wenn dieser ausgeglichen sei. Zum Haushaltsentwurf in der derzeitigen Fassung, der der Kommunalaufsicht noch ohne Berücksichtigung des neuen Musikschulkonzeptes vorliege, habe diese trotz leichter Überschreitung des Korridors Zustimmung signalisiert. Allerdings könne diese zu keinen weiteren neuen freiwilligen Leistungen oder Standards ihre Zustimmung geben. Diese könnten erst nach Verlassen des Haushaltssicherungskonzeptes realisiert werden. Zu diskutieren sei daher der Einstiegstermin, ab wann der Beschluss umgesetzt werden soll.

Frau Winkels findet, das „Himmelheberkonzept“ wirke nur noch kontraproduktiv. Die Musikschule benötige MusikschullehrerInnen, die sich nicht nur um den reinen Unterricht, sondern auch um das Umfeld zum Unterricht kümmern. Auch sei eine angemessene Vergütung wichtig.

Frau Bischoff erklärt, sie favorisiere das Modell „70/30“. Allerdings solle der Beschlussvorschlag um den Zeitpunkt des Inkrafttretens ergänzt werden. Sie schlage vor, die Erhöhung der Honorare für die Honorarkräfte solle sofort umgesetzt werden. Hier handle es sich um rund 70.000 Euro. Sie finde, dies müsse im Korridor darstellbar sein. Bei der Umsetzung des Modells „70/30“ gebe es sicherlich noch einen Zeitpuffer, bis die Lehrkräfte eingestellt würden.

Frau Scheerer kann dies nur unterstreichen. Die Formulierung „schrittweise“ sei zu vage, eine Konkretisierung sei nötig für die Umsetzung des Konzeptes. Auch schließe sie sich dem Vorschlag der sofortigen Erhöhung der Honorare für die Honorarkräfte an.

Herr Rockenberg erklärt, die Umsetzung hänge auch davon ab, wann die jeweiligen Lehrkräfte ausscheiden würden. 3,42 Stellen sollen zeitnah ergänzend hinzukommen. Hier habe man im Hinblick auf den Haushalt eine Stellschraube. Aber zunächst gehe es inhaltlich um die Frage, ob man die Musikschule auf dem beschriebenen Standard möchte und welche Quote für angemessen gehalten werde, um alles einigermaßen abzudecken. Die Verwaltung schlage das Modell „70/30“ dafür vor. Eine mögliche Gegenfinanzierungsmaßnahme könne in der Erhöhung der Entgelte liegen. Allerdings lägen die Entgelte für die SchülerInnen bereits im oberen Grenzbereich. Eine weitere Erhöhung könnte kontraproduktiv wirken und evtl. zu Abmeldungen führen. Er nehme mit, der Punkt Honorarkostenerhöhung solle im Haushalt finanziell dargestellt werden und das andere müsse sich im Zuge der Haushaltsberatungen ergeben.

Frau Glamann-Krüger erklärt, auch die FDP sei der Meinung, dass die Situation der Honorarkräfte in den letzten Jahren unzumutbar gewesen sei. Auch sie würde dem Modell „70/30“ gerne zustimmen, allerdings gebe es den Punkt der Gegenfinanzierung. Sie finde, man müsse vorher klar umreißen, wie dies finanziert werde und nicht erst beschließen und dann über die Finanzierung reden.

Herr Neu findet, der Ausschuss solle heute sein Votum zum neuen Musikschulkonzept abgeben. Der Ausschuss solle das Selbstbewusstsein haben, hierüber zu beschließen. Danach werde noch der Haupt- und Finanzausschuss beraten und der Rat eine Entscheidung treffen.

Frau Bischoff kann Frau Glamann-Krüger verstehen. Die Gegenfinanzierung müsse auch berücksichtigt werden. Allerdings würden erhebliche Summen von A nach B getragen. Und nur weil in diesem Falle eine konkrete Summe genannt sei, solle der Ausschuss jetzt anfangen eine Gegenfinanzierungsmöglichkeit im Haushalt zu finden. Sie finde, der Ausschuss sei dazu gar nicht in der Lage. Sie sehe dies hier als eine politische Entscheidung. Das Interesse für eine Kultureinrichtung sei natürlich auch immer begrenzt, da sie nicht rentierbar sei, so dass Mitstreiter schwierig zu finden seien.

Herr Neu stimmt Frau Bischoff zu.

Herr Komenda bekräftigt, es solle ein starkes Votum gefasst und einstimmig für den Beschluss gestimmt werden. Er schlage vor, die Ziffer 3 des Beschlussvorschlages zu streichen. Der Kultur- ausschuss solle jetzt nicht anfangen zu suchen, wie man es finanzieren könne. Damit solle sich der Haupt- und Finanzausschuss (HFA) beschäftigen und dies dann im Rat klären.

Frau Glamann-Krüger findet, es sei nicht seriös zu sagen, wir äußern jetzt hier unsere Wünsche und andere sollen sehen, wie sie das hinbekommen. Das gehe so nicht.

Herr Neu weist darauf hin, dass der Ausschuss berate und eine Beschlussempfehlung, eine Willenskundgebung gebe. Dies stelle die Meinung des Fachausschusses da. Die Entscheidung würde nach einer weiteren Beratung im HFA dann im Rat gefällt.

Herr Winterscheidt erklärt, die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPATEI GL stünde natürlich immer auf Seiten der Arbeitnehmer und sähe es gerne, wenn so viele Arbeitnehmer wie möglich feste Arbeitsverträge hätten. Sie würden sich aber der Mehrheit anschließen und für das Modell „70/30“ stimmen. Ein paar Prozentpunkte mehr, würden sie aber auch gut finden.

Frau Dr. Paduch findet, wenn man über ein solches Konzept diskutiere, müsse man die Mittel auch mitbedenken. Man müsse vielleicht jetzt keine genaue Gegenfinanzierung planen, jedoch es mit berücksichtigen, ansonsten wären es Luftschlösser. Da gebe sie Frau Glamann-Krüger Recht. Auf der anderen Seite habe auch Frau Bischoff Recht, dass an anderen Stellen viel Geld hin und her geschoben werde. Natürlich handele es sich hier um eine freiwillige Leistung, allerdings handele es sich hier auch um einen weichen Standortfaktor, der dafür Sorge, dass Bergisch Gladbach ein lebendiger, attraktiver Standort bleibe. Und sie finde, dass eine Stadt sich so etwas irgendwie leisten können solle.

Frau Heidberg-Schwettmann schlägt vor, jetzt einen Beschluss zu fassen, um deutlich zu machen, dies möchte der Ausschuss und dies dann mit in die Haushaltsberatungen in den Fraktionen zu-

nehmen und dort zu vertreten. In diesen Beratungen könne dann eine finanzielle Lösung gesucht werden.

Frau Bischoff stimmt Frau Glamann-Krüger zu. Wer sich etwas wünscht, müsse sich auch über die Finanzierung Gedanken machen. Hier würden aber zwei Sachen beschlossen. Zum einen würde inhaltlich eine Zukunft für die Musikschule beschlossen. Auch würden nicht alle MusikschullehrerInnen fest angestellt, dies könne man sich definitiv nicht leisten. Aber mit diesem Kompromiss würden alle Beteiligten in eine Win-Win-Situation gebracht. Der Wunsch sei, dass Bergisch Gladbach eine Musikschule behalte und dass diese Musikschule vernünftig arbeiten könne. Es sei lange eingespart worden und deshalb formuliere man jetzt diesen Willen. Allerdings möchte man auch nicht, dass der Haushalt daran zugrunde gehe.

Herr Bertenrath fasst zusammen, es liege hier eine Situation vor, wo sich alle einig seien, dass unhaltbare Zustände hier vorherrschten. Da eine Entscheidung erst im Rat getroffen werde, könne der Ausschuss doch seine Meinung durch ein klares Votum kundtun.

Herr Rockenberg stimmt dem zu. Beim Beschluss über das „Himmelheberkonzept“ 2003 habe es damals auch ein abweichendes Votum des Fachausschusses zu den Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung im Kulturbereich gegeben. Den Vorbehalt der Finanzierung und die Korridorproblematik habe er bereits erwähnt. Den Haushalt auszugleichen, das Prekäre abzuschaffen und die Qualität und Quantität zu erhalten oder noch zu erhöhen, werde nicht gelingen. Man müsse sich entscheiden, den Aspekt der Finanzierung könne man dabei nicht außer Betracht lassen.

Herr Herweg erklärt, seitens der Musikschulleitung sei das Modell „70/30“ vollkommen zu vertreten. Man könne sich natürlich immer wieder fragen, warum nicht ein anderes Verhältnis. Für die Musikschule sei eine bestimmte Flexibilität bezüglich des Schülerstandes wichtig, um darauf reagieren zu können. Wenn jetzt in der Planung bestimmte Faktoren verändert würden, wie z.B. die Erhöhung der Honorare, dann müsse natürlich aufgepasst werden, ob die Finanzierung so noch funktioniere. Vom zeitlichen Ablauf her wäre eine bestimmte Flexibilität noch möglich.

Herr Rockenberg fasst bezüglich des Beschlussvorschlages zusammen. Der Vorbehalt der Finanzierung sei durch die Beratungsfolge gegeben. Ziffer 1 des Beschlussvorschlages, die Aufhebung der HSK-Maßnahme werde nicht verändert. Zu Ziffer 2 mache er folgenden Formulierungsvorschlag: „Das Modell „70/30“ wird als zukünftiges Personalkonzept anerkannt und soll schrittweise im Rahmen der gesamtstädtischen finanziellen Möglichkeiten umgesetzt werden. Die Erhöhung der Honorare soll jedoch mit dem Haushalt 2019 umgesetzt werden.“ Die Ziffer 3 solle weggelassen werden.

Herr Neu lässt über den modifizierten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss stimmt über jede Ziffer des Beschlussvorschlages gesondert ab.

Zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig**, ohne Enthaltung, folgende Beschlussempfehlung:

1. Gemäß Antrag der Fraktionen von CDU und SPD und dem Beschluss des Rates vom 19.12.2017 wird das derzeitige Personalkonzept der Musikschule, das sog. „Himmelheberkonzept“ und somit auch die entsprechende HSK-Maßnahme aufgehoben.

Zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlages:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig bei einer Enthaltung der FDP-Fraktion** folgende modifizierte Beschlussempfehlung:

2. Das Modell „70/30“ wird als zukünftiges Personalkonzept anerkannt und soll schrittweise im Rahmen der gesamtstädtischen finanziellen Möglichkeiten umgesetzt werden. Die Erhöhung der Honorare soll jedoch mit dem Haushalt 2019 umgesetzt werden.

Zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlages:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig bei einer Enthaltung der FDP-Fraktion** folgende Beschlussempfehlung:

Die Ziffer 3 wird ersatzlos gestrichen.

10. Theaterbericht 2017 der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH
0336/2018

Herr Komenda möchte noch auf die neue Puppenausstellung in den Vitrinen des Bergischen Löwen hinweisen. Diese sei sehr beeindruckend und sehenswert.

Herr Pfenning erklärt, der Bergische Löwe nähere sich seinem 40-jährigen Bestehen. Man versuche immer wieder in der Tradition des Hauses den Gästen etwas Neues zu bieten, ob neue Veranstaltungsformate, Konzerte, Märkte oder ähnliches. Nun habe sich die Gelegenheit geboten, die Vitrinen neu zu bestücken. Zusammen mit Gerd Pohl sei die Idee entwickelt worden, seine Memorabilia aus dem Bereich des Figurentheaters in den Vitrinen auszustellen. Die Ausstellung der historischen Handpuppen aus der Sammlung Pohl passe sehr gut zum Haus und sei sehr sehenswert. Er lade alle ein, sich selber davon zu überzeugen.

Der Theaterbericht wird zur Kenntnis genommen.

11. Mitteilung über die Vergabe der Sportpauschale an Vereine
0372/2018

Herr Rockenberg teilt mit, es seien 12 Anträge eingereicht worden, davon seien zwei Anträge nicht fristgerecht eingegangen und zwei Anträge hätten inhaltlich nicht den Fördergrundsätzen entsprochen. Er habe mit mehr Anträgen gerechnet.

Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel i.H.v. 100.000 € seien in einvernehmlicher Absprache mit dem Stadtsportverband wie folgt vergeben worden:

Verein	Maßnahme	Zuschusshöhe
Eissportverein Bergisch Gladbach e.V.	Austausch der Kälteanlage	45.000,00 €
Turnerschaft Bergisch Gladbach 1879 e. V.	Energetische Sanierung Oberlichter	6.367,83 €
SSC Bergisch Gladbach 1864 e.V.	Dachsanierung	4.097,05 €
SV Blau-Weiß Hand e.V.	Heizungsanlage	6.027,31 €
SV Blau-Weiß Hand e.V.	Einbau von Turbulatoren	12.262,95 €
SV Blau-Weiß Hand e.V.	Instandsetzung Flutlichtanlage Tennisplätze	6.066,62 €
TuS Schildgen 1932 e.V.	Umrüstung Hallenbeleuchtung auf LED	1.844,50 €
SV Bergisch Gladbach 09 e.V.	Sanierung Duschraum An der Flora	17.500,00 €
Insg.		99.166,26 €

Herr Bertenrath möchte sich beim Ausschuss ganz herzlich für das Vertrauen und die Zustimmung bedanken. Ein Teil des Pakts für den Sport habe umgesetzt werden können. Den Sportvereinen sei geholfen worden. Auch habe die Zusammenarbeit mit der Verwaltung hervorragend geklappt. Er gehe davon aus, dass im nächsten Jahr mehr Anträge gestellt würden.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

12. Anträge der Fraktionen

Herr Komenda beantragt für die SPD-Fraktion sich am Aktionstag „Cities for Life - Städte gegen die Todesstrafe“ am 30. November zu beteiligen. Viele Städte in über 90 Ländern der Welt, davon 155 Städte in Deutschland, engagieren sich mit dem Aktionstag für mehr öffentliche Aufmerksamkeit und die Abschaffung der Todesstrafe durch die Illuminierung eines markanten Gebäudes als Zeichen für das Leben. Gerade im Jahr der Eröffnung des Pfades der Menschenrechte würde dies gut passen. Eine Möglichkeit bestünde in der Illuminierung des Turms hier am Rathaus, wo Katharina Göschen als eine der letzten Hexen 1613 zum Tode verurteilt worden sei. Er bitte das Kulturbüro zu prüfen, ob dies umgesetzt werden könnte.

Herr Neu antwortet, dies sei kein Antrag im eigentlichen Sinne und bittet die Verwaltung dies mit zu nehmen.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Scheerer hat eine Frage zur Bücherei in Paffrath. In der Presse habe sie gelesen, dass die Bücherei im Augenblick geschlossen sei. Sie möchte gerne wissen, wie lange die Schließung andauere.

Herr Rockenberg teilt mit, in der IGP befinde sich seit vielen Jahren eine öffentliche Schulbibliothek, die sowohl von der Schule als auch der Öffentlichkeit genutzt werde. Der Leiter der Bücherei und die Mitarbeiterin seien erkrankt, so dass niemand die Bücherei betreuen könne. Auf Grund der Ausweitung der Öffnungszeiten im Forum und des haushaltssicherungsbedingten Abbaus des Personals von 20 auf 12,5 Stellen könne die Stadtbücherei den dritten Standort leider nicht mitbetreuen. Derzeit könne nicht abgesehen werden, wann die Bücherei und in welchem Stundenumfang wieder geöffnet werde. Des Weiteren möchte er bereits jetzt darauf hinweisen, dass der Leiter der Bücherei Anfang 2019 aus dem Dienst ausscheide. Die Standortfrage müsse im Zuge der Haushaltsplanberatungen mitdiskutiert werden.

13.1. Anfrage der FDP-Fraktion zur Verzögerung des Schulentwicklungsplans (siehe hierzu Drucksachen-Nr. 0335/2018)

Die Beantwortung der Anfrage erfolgte mit dem TOP Ö7.

Herr Neu schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:30 Uhr.

Gez.
Gerhard Neu
Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Gez.
Petra Weymans
Schriftführerin